

VERFOLGT, VERTRIEBEN ... HEIMATLOS

Das Ende der deutschen Siedlung in Ost-Mittleuropa

Band IV/11

Chronik der Lebensbedingungen der Deutschen in Ost-Mittleuropa, Mittel- und Westdeutschland sowie Vereinbarungen und Pressemeldungen vom 20. März 1949 bis zum 7. Oktober 1949

Aufgrund der Tatsache, daß das Leben der deutschen Bevölkerung in den Gebieten Ost-Mittleuropas örtlich, zeitlich und sachlich unterschiedlich verlief, wurde diese Chronik systematisch nach Regionen unterteilt.

Um den Ablauf der damaligen Ereignisse, Maßnahmen und Zustände realistisch darzustellen, wurde eine Vielzahl von Erlebnis- und Presseberichten zitiert. Die Erlebnisberichte mußten im allgemeinen geteilt werden, damit die Ereignisse in zeitlicher Folge angeordnet werden konnten.

Gliederung (im Überblick):

01. SBZ/Ostpreußen (sowjetisch verwaltete Gebiete im Nordteil Ostpreußens gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945)
02. Ostdeutschland (polnisch verwaltete Gebiete in Ostpreußen, Ostbrandenburg, Schlesien, Danzig und Ostpommern gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945)
03. Polen
04. CSR (einschließlich Sudetenland und Slowakei). Die Slowakei trennt sich im Jahre 1992 von der CSR. Die CSR nennt sich ab 1993 Tschechien
05. Jugoslawien
06. Rumänien
07. Ungarn
08. UdSSR (seit 1991 Bundesrepublik Rußland)
09. Österreich
10. SBZ (Sowjetische Besatzungszone in Mitteldeutschland – seit dem 7. Oktober 1949 Deutsche Demokratische Republik)
11. DDR (Deutsche Demokratische Republik). Die DDR tritt am 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik Deutschland bei
12. Berlin (Sitz der Viermächteverwaltung bzw. des Alliierten Kontrollrats). Ost-Berlin wird am 13. August 1961 durch sowjetische Truppen abgeriegelt und von West-Berlin getrennt (Baubeginn der "Berliner Mauer")
13. WBZ (Besatzungszonen der Nordamerikaner, Briten und Franzosen in Westdeutschland – seit dem 23. Mai 1949 Bundesrepublik Deutschland)
14. BRD (Bundesrepublik Deutschland)
15. Westeuropa
16. Amerika
17. Asien

20.03.1949

Ostdeutschland: Internierungslager Potulice bei Nakel, Westpreußen – Erlebnisbericht der Mira B. (x002/533): >>Am 20. März 1949 kam ich dann in das Vernichtungslager Potulice, zu welchem wir seit 1946 gehörten.

Dort verlebte ich auch noch unendlich schwere Stunden. Es war am Sonntag, als ich nach Potulice gebracht wurde. Als ich ins Lager kam, brachte mich ein Lagerpolizist in ein Einzelzimmer. Dort mußte ich nun 3 Tage und 3 Nächte hinter verschlossenen Türen und doppeltem Stachel- und Maschendraht allein am Fenster sitzen. So sperrte man viele tausend Menschen ohne jede Ursache ein. ...

In den Baracken waren die Bettgestelle ... ohne Stroh, so mußten wir auf den harten Brettern liegen. Es waren dort so viele Wanzen, daß man ganz und gar zerbissen war. Nach 3 Tagen kam ich dann zur Kontrolle und auch zu den anderen Deutschen, die im Lager waren.

Nach 3 Wochen bekam ich dann durch Zufall meine Mutter zu sehen. Meine Mutti war schon einige Wochen länger im Lager als ich. Es ging der Transport nach Deutschland. Ich glaubte mein Herz verging vor Leid, daß ich nicht mit durfte, denn die Polen sagten: "Die Jugend bleibt bis zuletzt." ...<<

21.03.1949

Jugoslawien: Lebensverhältnisse von Volksdeutschen in Betschkerek – Erlebnisbericht des Pfarrers Kornelius W. (x006/615): >>Meine Frau stellte nach ihrer Lagerentlassung ein Gesuch nach dem anderen, um mich freizubekommen. Aber alles Bitten und Betteln half nicht. Der allgewaltige Mann - Vid Dodig -, der über alle Lager zu sagen hatte, hatte für alles nur ein "Njet".

Erst im März 1949 kam die Wende. Meine Frau wurde zum Geheimdienst befohlen. Dort wurde ihr gesagt, daß ihr Mann entlassen werden könne, er müsse sich aber an Titos Fünfjahresplan beteiligen. Auch mich beorderte man nach Betschkerek zum dortigen Geheimdienst und bearbeitete mich. Schließlich wurde ich mürbe und sagte zu. Am 21. März 1949 wurde ich dann entlassen.<<

31.03.1949

SBZ: Nach offiziellen Angaben der Umsiedlerämter halten sich am 31. März 1949 insgesamt 4.442.318 - davon 1.874.736 männliche und 2.567.582 weibliche Vertriebene - in der SBZ auf (x009/131). Von 1945 bis 1949 sind bereits rd. 500.000 bis 600.000 Flüchtlinge und Vertriebene in das Gebiet der späteren Bundesrepublik Deutschland abgewandert.

April 1949

>>Und ihr werdet gehaßt werden von jedermann ... Wer aber bis an das Ende beharrt, der wird selig werden.<< (Matthäus 10, 22)

01.04.1949

Rumänien: Kronstadt in Süd-Siebenbürgen – Erlebnisbericht der H. N. (x007/303-304): >>Im Jahre 1949 begann man mit der Gründung der Kollektivwirtschaften.

Sie wurden von Sachsen geführt, weil diese planmäßig arbeiten konnten. Viele Sachsen wurden aus diesem Grunde von den neuen Eigentümern auf ihre Höfe zurückgerufen, und der Staat duldete es. Manche jüngere Heimkehrer, die in Rußland harte Zwangsarbeit geleistet hatten, zählten in den rumänischen Fabriken meistens zu den besten Arbeitern und erhielten rote Fähnchen. Sie erklärten, daß sie vor der Arbeit keine Angst hätten, aber niemals wieder nach Rußland gehen würden. Lieber würde man sich vorher umbringen. ...

Es wurde auch wieder eine deutsche Zeitung ("Neuer Weg") herausgegeben, denn auch in den sächsischen Reihen hatte sich eine antifaschistische Gruppe gebildet. An ihrer Spitze standen 2 Arbeiter, die seinerzeit gegen den Nationalsozialismus eingestellt waren.

In kultureller Hinsicht konnte man sich im Jahre 1949 wieder frei betätigen, d.h. frei nach kommunistischer Art. Es wurden Theaterstücke von einer Laiengruppe aufgeführt, z.B. "Der Kreuzelschreiber" von Anzengruber, "Der Revisor" von Gogol, und das rumänische Theater spielte wochenlang Schillers "Räuber" in rumänischer Sprache.

Auch Kirchenmusik wurde wieder in der "Schwarzen Kirche" gespielt. Zu den Zuhörern gehörten auch viele Rumänen. Sogar zum Gottesdienst erschienen sie und gingen durch die Reihen, was als sehr störend empfunden wurde. Zuschließen konnte man die Türen nicht, weil man dann von geheimer Verschwörung hätte reden können. Die früheren Philharmoniker hatten bisher immer bei Kirchenkonzerten mitgewirkt; nun waren sie ins Staatsorchester aufgenommen und durften in der Kirche nicht mehr spielen. Die Kirche versuchte auch in dieser Zeit durchzuhalten und hatte, solange ich dort war, im Gegensatz zur katholischen Kirche, keine Verfolgungen zu erleiden. Bischof M. und die anderen evangelischen Geistlichen waren bemüht, nach dem Grundsatz zu leben und zu handeln "Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist". ...<<

04.04.1949

USA: In Washington wird die NATO gegründet. 10 europäische Staaten schließen mit den USA und Kanada den Nordatlantikpakt.

05.04.1949

Ostdeutschland: Internierungslager Potulice bei Nakel, Westpreußen – Erlebnisbericht der Schwester M. S. (x002/614): >>Mein Mollzähnen (Opa Eduard M.) wurde immer schwächer und kindischer, und als es am 5. April 1949 tatsächlich so weit war: "Aufschreiben zum Transport", der auch am 11. April von Nakel abgefahren ist, da war mein Opa so weit, daß seine Stunden gezählt waren; aber noch waren seine Gedanken beim Transport und immer wieder fragte er: "Schwester, haben Sie mich auch aufschreiben lassen?"

Am 8. April 1949 ist er gefahren, aber mit einem besseren Transport - in die ewige Heimat. Seine letzten Worte waren wie immer: "Komme ich auch mit?" ...

So könnte ich von vielen, vielen alten Leuten eine kleine Geschichte erzählen. Auch die alte Urgroßmutter Auguste H. sehe ich im Geiste noch in ihrer Ecke auf dem Schemel hocken, auch sie feierte ihren Geburtstag bei uns, und zwar den 94. Sie starb bereits Ende 1947.<<

08.04.1949

USA: Die Außenminister Acheson (USA), Bevin (England) und Schuman (Frankreich) beschließen während einer Konferenz in Washington (vom 6. bis zum 8. April 1949) ein Besatzungsstatut für Westdeutschland und die Einsetzung einer Alliierten Hohen Kommission (Ersatz für den seit März 1948 entscheidungsunfähigen Alliierten Kontrollrat).

Im Besatzungsstatut für die Bundesrepublik Deutschland heißt es z.B. (x156/71-72, x101/200): >> In Ausübung der obersten Gewalt, die bei den Regierungen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs verbleibt, erlassen wir ... hierdurch gemeinsam das folgende Besatzungsstatut: ...

II. Um die Verwirklichung der grundlegenden Besatzungszwecke sicherzustellen, bleiben Sonderbefugnisse, einschließlich des Rechts, die von den Besatzungsbehörden benötigten Auskünfte und statistischen Angaben anzufordern und zu prüfen, auf folgenden Gebieten vorbehalten:

- a) Abrüstung und Entmilitarisierung einschließlich der damit zusammenhängenden naturwissenschaftlichen Forschungsgebiete, der Verbote und Beschränkungen für die Industrie und zivile Luftfahrt,
- b) Kontrollmaßnahmen hinsichtlich der Ruhr, Rückerstattungen, Reparationen, Dekartellisierung, Entflechtung, Diskriminierung im Geschäftsverkehr, ausländische Vermögenswerte in Deutschland und vermögensrechtliche Ansprüche gegen Deutschland,

- c) auswärtige Angelegenheiten, einschließlich völkerrechtlicher Abkommen, die von Deutschland oder mit Wirkung für Deutschland abgeschlossen werden,
- d) Verschleppte und die Zulassung von Flüchtlingen,
- e) Schutz, Ansehen und Sicherheit der alliierten Streitkräfte, Familienangehörigen, Arbeitnehmern und Vertreter, ihrer Immunitätsrechte, sowie die Deckung der Besatzungskosten und ihrer sonstigen Bedürfnisse,
- f) Beachtung des Grundgesetzes und der Landesverfassungen,
- g) Kontrolle über Außenhandel und Devisenwirtschaft,
- h) Kontrolle über innenpolitische Maßnahmen ...
- i) Kontrolle der Verwahrung und Behandlung derjenigen Personen in deutschen Gefängnissen, die vor den Gerichten der Besatzungsmächten oder Besatzungsbehörden angeklagt oder von ihnen verurteilt worden sind, sowie Kontrolle über die Vollstreckung der gegen sie verhängten Strafen und über Fragen ihrer Amnestierung, Begnadigung und Freilassung.

III. ... Die Besatzungsbehörden behalten sich jedoch das Recht vor, auf Anweisung ihrer Regierung die Ausübung der vollen Regierungsgewalt ganz oder teilweise wiederaufzunehmen, wenn sie der Ansicht sind, daß dies aus Sicherheitsgründen oder zur Aufrechterhaltung der demokratischen Regierungsform in Deutschland oder in Verfolg (Fortgang) der internationalen Verpflichtungen ihrer Regierungen unumgänglich ist. ...

V. Jede Änderung des Grundgesetzes bedarf vor Inkrafttreten der ausdrücklichen Genehmigung der Besatzungsbehörden. ...

IX. Nach 12 Monaten, mindestens aber innerhalb von 18 Monaten nach Inkrafttreten dieses Status werden die Besatzungsbehörden eine Überprüfung seiner Bestimmungen unter Berücksichtigung der bei seiner Anwendung gemachten Erfahrungen vornehmen mit dem Ziel, die Zuständigkeit der deutschen Behörden auf dem Gebiet der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung zu erweitern.<<

Das "neue Besatzungsstatut" reduziert zwar die geplanten Demontagen, aber die Souveränität der "neuen" Bundesrepublik Deutschland wird durch die große Autorität der westlichen Besatzungsmächte weiterhin erheblich eingeschränkt. Die Oberaufsicht der Alliierten über Reparationen, Entmilitarisierung, Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland und die Ruhrkontrolle ändert sich jedenfalls noch nicht.

09.04.1949

WBZ: Die Aufhebung des Koalitionsverbotes für die deutschen Vertriebenen-Organisationen führt zur Gründung des "Zentralverbandes vertriebener Deutscher". Nach langen Verhandlungen schließen sich die Landesverbände der Vertriebenen in Frankfurt zum "Zentralverband vertriebener Deutscher" (ZvD) zusammen.

1. Vorsitzende wird Dr. Hans Lukaschek, der später von Dr. Linus Kather abgelöst wird.

14.04.1949

Ostdeutschland: Internierungslager Potulice bei Nakel, Westpreußen – Erlebnisbericht des Bauern Karl R. (x002/516): >>Im Lager Potulice blieb ich zwar nur 14 Tage, aber ich sah noch genug von der bestialischen Behandlung der Deutschen durch die Polen.

Ich kam selbst wegen eines lächerlichen Vergehens (ich hatte wohl einen Posten nicht stramm genug gegrüßt) in den Bunker, der bis zu den Knien mit Wasser gefüllt war. Hier mußte ich 6 Stunden lang stehen. ...<<

20.04.1949

Ostdeutschland: Internierungslager Potulice bei Nakel, Westpreußen – Erlebnisbericht der Mira B. (x002/533-534): >>Inzwischen war auch mein Vater ins Lager gekommen, von dem wir 4 Jahre lang nichts gehört hatten. Mein Vater meldete uns dann für den zweiten Transport nach Deutschland an. Unter schwierigen Umständen bekamen mich meine Eltern frei.

Wir fuhren dann am 20. April mit einem Transport, der vom Roten Kreuz begleitet wurde, von Nakel, Kreis Wirsitz, los.<<

22.04.1949

SBZ: Am 22. April 1949 fordert der SED-Parteivorstand "eine systematische Aufklärung der deutschen Öffentlichkeit".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über diese "Aufklärung" in der SBZ (x009/43-44): >>a) Im Parteijargon jede Art von Propaganda, vor allem seitens der SED, der anderen Parteien, der Massenorganisationen und der Nationalen Front. ... Sehr häufig wird die Formel "Aufklärungsarbeit" gebraucht.

b) Erkundungs- und Spionagetätigkeit der Sicherheitsorgane außerhalb ihres Machtbereiches, vornehmlich in der Bundesrepublik und in West-Berlin. Diese Aufklärung obliegt überwiegend dem Staatssicherheitsdienst; sie ist zentralisiert in der "Hauptverwaltung A" des Ministeriums für Staatssicherheit.

Daneben hat die Deutsche Grenzpolizei eine "Abteilung Aufklärung" (Koordinierung, Ministerium für Nationale Verteidigung).<<

WBZ: Das "Ruhrstatut" tritt in Kraft. Die Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion im Ruhrgebiet wird einer internationalen Kontrollbehörde unterstellt.

25.04.1949

Ungarn: Gefängnis von Kobanya bei Pest – Erlebnisbericht des Bauern N. N. (x008/93): >>Vier Jahre Entbehrung und Leid vergingen.

Am 25.4.49 wurde ich zum Gefängniscommandanten gerufen. Er verlas eine Mitteilung des Justizministeriums, wonach man mir wegen guter Führung die Reststrafe erlassen hätte und ich sofort auf freien Fuß gesetzt werden sollte. Der Commandant forderte mich auf, sofort meine geringen Habseligkeiten zu packen, reichte mir die Hand und wünschte mir viel Glück zu meinem neuen Leben. Ich dankte ihm. Dann wurde das große eiserne Tor geöffnet und ich trat ins Freie hinaus. Nach langer Zeit (war ich wieder) allein, ohne Begleitung.

Mein erster Weg führte in eine Kirche, wo ich dem Allmächtigen für meine wiedergewonnene Freiheit dankte. Nachher fuhr ich zu meinem Freund. Dort wurde ich erfreut aufgenommen. Am Nachmittag fuhr ich in meine Heimatortschaft. Ich ging die Gasse entlang, in welcher sich auch mein Haus befand.

Ich war entsetzt über das Aussehen dieser einst so schmucken und sauberen Bauernstraße. Der Verputz vieler Häuser war abgefallen. In den sonst sauber gehaltenen Höfen wucherte das Unkraut. Fremde, unfreundliche Gesichter blickten aus den Fenstern. Ich kam vor mein Haus und erkannte es kaum wieder. Das fast neue eiserne Haustor war verbogen, der Verputz des Hauses war abgefallen. Seit ich das Haus mit meiner Familie verlassen hatte, war es nicht mehr geputzt oder gestrichen worden.

Ich überlegte, ob ich hineingehen sollte, entschied aber, es nicht zu tun. Ich ging auf dem Friedhof zu meines Vaters Grab. Der Friedhof war von den zurückgebliebenen alten Einwohnern in Ordnung gehalten worden.

Nachher ging ich zur Tochter meines Bruders, die mit ihrer Familie zurückgeblieben war. Sie waren über mein plötzliches Erscheinen überrascht. ... Die Leute trauten sich im allgemeinen nicht, deutsch zu reden. ...<<

WBZ: US-General Clay gibt bekannt, daß der künftige westdeutsche Staat "Bundesrepublik Deutschland" heißen wird.

29.04.1949

Jugoslawien: "Altersheim" in Zitiste bzw. St. Georgen an der Bega – Erlebnisbericht des Pfarrers Kornelius W. (x006/614): >>Eines Nachmittags war ich allein in der Kanzlei, als das Telefon läutete. Als ich mich meldete, hörte ich: "Hier ist der Chef der Inneren Staatsabteilung A. "Wo ist Bulatovic (der Heimleiter)?"!"

Ich antwortete: "In Beograd, er kommt heute abend zurück!" Er sagte dann: "Sage ihm, daß ich den Auftrag habe, Euch Popovi (Pfarrer) sofort freizulassen. Ihr könnt also gehen, wohin Ihr wollt!" - Das war eine Neuigkeit! –

Als dann der Heimleiter kam, berichtete ich ihm alles. Er machte ein sehr ernstes Gesicht und sagte: "Das hast Du falsch gehört. Ich habe andere Richtlinien." Dann ging er in die Kanzlei und machte die Tür zu. ... Als er später wieder herauskam, sagte er lächelnd: "So geht das nicht, wie Du es Dir vorgestellt hast. Ihr werdet erst dann frei sein, wenn Ihr einen Arbeitsvertrag mit einem Staatsunternehmen abgeschlossen habt. Priester könnt Ihr keinesfalls mehr sein!" - Wir müßten uns also zu einer Kanzleiarbeit verpflichten.

Bulatovic sprach auch gleich mit dem Direktor der neugegründeten Dorfgemeinschaft in Karlsdorf, der mich und Titus bereits am anderen Tag abholen wollte. Da ich aber Bescheid wußte, ließ ich mich nicht so leicht kleinkriegen. ...

"Gut", sagte ich, "aber ich mache Sie darauf aufmerksam, daß wir beide eine Universitätsbildung haben und Sie uns tarifmäßig auch in diesem Sinne bezahlen müssen." –

Die Zahlung war damals merkwürdigerweise nicht nach Arbeit, sondern nach Qualifikationen bestimmt. Und diesen Umstand wollte ich mir zunutze machen, was mir auch vollkommen gelang. –

"Was", staunte der Direktor, "Ihr habt eine Universität besucht?!"

"Selbstverständlich!", meinte ich.

"Ja, soviel kann ich Euch nicht zahlen. Da muß ich mich schon um andere Arbeitskräfte bemühen." ...

Zum Glück war auch Bulatovic zu dumm, um mein Manöver zu durchschauen. Er hätte mich nämlich ruhig als gewöhnlichen Kanzleimitarbeiter anstellen können, und ich wäre machtlos gewesen; mein Diplom hätte man im Ministerium einfach nicht anerkannt - was ich ja wußte. Ich hatte diesen Versuch trotzdem gewagt und er gelang.

Drei Tage später gingen Titus und ich ... zum Chef, wo mir mein zweites Manöver gelang. Ich sagte ihm, ich hätte einen Bruder in Werschetz, und ich möchte dort bei ihm wohnen, und in Werschetz werde ich mir auch eine Arbeit suchen. Dabei hütete ich mich zu sagen, daß mein Bruder Stadtpfarrer war, und ich unter "Arbeit" Seelsorge meinte. Der Chef ging darauf ein, und so bekam ich am 29. April 1949 meine Kennkarte.<<

30.04.1949

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/-98-100): >>Ende April 1949 ... traf wieder ein Transport mit Kriegsgefangenen ein, darunter (waren) viele Frauen, die vor allem aus Ostpreußen stammten. ... Man muß beobachtet haben, um zu ermessen, was diesen Frauen in den russischen Steppenlagern fehlte. Wonach sie sich sehnten. Wie (sie sich freuten), ... als man sich vor dem Gang in die Stadt "landfein" machte, die Haare wusch, Kämmen in Bewegung setzte, Schuhe putzte, hier ein Kleid veränderte, dort eine Bluse. ...

Ach, und der Spiegel, dieses wichtige Instrument, eigens für Frauen geschaffen. Er war immer umlagert. Es ist schön zu sehen, wie Menschen wieder zu Menschen werden. Keiner spricht mit Haß von den schlimmen Dingen, die hinter ihnen liegen. ...

Denn mit einem zu Stein gewordenen Herzen, mit Augen, die nur immer das Viereck des Stacheldrahts, die Maschinengewehrtürme und die abgezehrten Gesichter vor und in den Baracken sehen, ... kann man nicht leben. Ein neues Leben muß angefangen werden. Sofort. Ohne Zögern. ...

Männer können sich nicht so schnell umstellen. Es fällt ihnen schwerer.<<

01.05.1949

Ostdeutschland: Internierungslager Potulice bei Nakel in Westpreußen – Erlebnisbericht des Bauern Karl R. (x002/516): >>Im Lager wurden uns vor unserem Abtransport nach Westen

die allerletzten Wertsachen, Papiere, Sparbücher usw. abgenommen. In Nakel wurden wir dann verladen.

In unserem Zug fuhr eine polnische Militärwache mit, die für Schutz und Ordnung sorgte, so daß wir ungeschoren am 1. Mai 1949 in Sachsen ankamen.<<

WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden im Mai 1949 täglich 1.851 Kalorien zugeteilt.

08.05.1949

Berlin: Im Treptower Park wird nach 3jähriger Bauzeit ein riesiges Ehrendenkmal für die Gefallenen der Roten Armee eingeweiht.

WBZ: Der Parlamentarische Rat stimmt dem Grundgesetz zu (53 Abgeordnete stimmen mit "Ja", während 12 Abgeordnete der CSU, des Zentrums und der Deutschen Partei mit "Nein" stimmen).

Konrad Adenauer (Präsident des Parlamentarischen Rates) erklärt nach dieser Schlußabstimmung (x112/694): >>Wir wünschen die Einheit Deutschlands, wir wünschen sie von ganzem Herzen und von ganzer Seele. Wir wünschen ein freies Deutschland, in dem der deutsche Mensch ein menschenwürdiges Leben führen kann wie jeder andere europäische Mensch. ... Wir wünschen auch die Rückkehr der Ausgetriebenen, und wir wünschen schließlich auch, daß man ... über die Grenzziehung im Osten spricht und über die Oder-Neiße-Linie, so wie wir es nach göttlichem und menschlichem Recht verlangen können.<<

10.05.1949

WBZ: Bonn wird zum vorläufigen Regierungssitz ernannt.

11.05.1949

WBZ: Die bayerische Landesgrenzpolizeidirektion berichtet am 11. Mai 1949 über den Abschub von Sudetendeutschen nach Bayern (x005/542-543): >>Die Flüchtlingsbewegung der Volksdeutschen aus der CSR ist im Bereich des Grenzpolizeikommissariats Marktredwitz wieder erheblich im Ansteigen begriffen. Während in den Monaten Februar und März 1949 noch 468 bzw. 590 illegale Grenzübertritte durch volksdeutsche Flüchtlinge erfolgten, erhöhte sich die Zahl im Monat April 1949 bereits wieder auf 839. Alle bisherigen Anzeichen deuten auf eine weitere Zunahme der Grenzübertritte hin.

Nach Aussagen der Volksdeutschen ist in absehbarer Zeit etwa mit 30.000 Flüchtlingen zu rechnen, die illegal in die US-Zone einwandern werden.

Am 22.4.49, als wieder eine Gruppe von 67 sudetendeutschen Flüchtlingen durch die SNB über die Grenze abgeschoben wurde, rief ein tschechischer Beamter dem hinzukommenden bayerischen Grenzpolizeibeamten zu, daß in der nächsten Woche etwa 500 bis 700 Deutsche kämen und die bayerischen Behörden daher für den nötigen Wohnraum Sorge tragen möchten. Den Schwerpunkt der Flüchtlingsbewegung bilden wieder die Postenbereiche Neuhausen und Wildenau. Die Flüchtlinge kommen aus den verschiedensten Landstrichen der CSR und werden, in Sammeltransporten zusammengefaßt, wie bisher fast ausschließlich aus dem Ascher Bezirk über die Grenze nach Bayern abgeschoben.

Die Transporte sind stets von SNB begleitet. Im Raum Waidhaus werden laufend kleinere Gruppen von volksdeutschen Gruppen in Transporten an die Grenze herangeschafft und über diese abgeschoben. Für die Unternehmer sind diese Transporte nach wie vor ein sehr einträgliches Geschäft, da pro Person von 500-3.000 Kc und pro Familie bis zu 5.000 Kc zu entrichten sind.

Bis auf wenige Ausnahmen sind die Flüchtlinge ohne jegliche Zuzugsgenehmigung. Demnach werden tschechischerseits die getroffenen Abmachungen, wonach die Aussiedlung jeder volksdeutschen Person aus der CSR vorher der Genehmigung des Permit-Officers in Prag durch Erteilung des Entry-Permits bedarf, völlig außer Acht gelassen.

Der Großteil der Flüchtlinge war bisher entweder auf Meierhöfen oder an ihren Wohnsitzen bei den einzelnen Bauern zur landwirtschaftlichen Arbeit eingesetzt. Wegen der angeblich immer schlechter werdenden Arbeitsbedingungen für Volksdeutsche und aus Angst vor der drohenden Verschleppung in das Landesinnere bzw. einer Aussiedlung in die russische Zone haben die Flüchtlinge ihre beschleunigte Auswanderung aus der CSR in die US-Zone betrieben. Unter den Flüchtlingen befinden sich auch Familien, deren Väter langjährige Freiheitsstrafen in der CSR abzubüßen haben.<<

12.05.1949

Berlin: Die Berliner Blockade (Beginn: 24. Juni 1948) wird beendet.

Für rd. 277.000 Flüge müssen die Nordamerikaner ca. 1,5 Milliarden DM, die Briten ca. 200 Millionen DM und die Deutschen ca. 150 Millionen DM aufwenden (x063/631).

WBZ: Die westlichen Militärgouverneure genehmigen am 12. Mai 1949 das Grundgesetz und verkünden das Besatzungsstatut für die Bundesrepublik Deutschland.

20.05.1949

WBZ: Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird durch den bayerischen Landtag mit 101 : 64 Stimmen abgelehnt. 9 Abgeordnete enthalten sich der Stimmabgabe.

23.05.1949

BRD: Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird am 23. Mai 1949 von den 65 Abgeordneten des Parlamentarischen Rates (Abgeordnete, Ministerpräsidenten und Landtagspräsidenten) unterzeichnet und feierlich in Bonn verkündet.

Im Grundgesetz wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Bevölkerung der 3 westlichen Besatzungszonen für Gesamtdeutschland gehandelt hat (x105/306): >>... (Es hat) auch für jene Deutschen, ... denen mitzuwirken versagt war ...<<

Das Grundgesetz, in dem zahlreiche Sonderwünsche der Westmächte berücksichtigt werden müssen, soll im Hinblick auf Mittel- und Ostdeutschland nur für "eine Übergangszeit" gelten. Es wird deshalb auf einen Volksentscheid verzichtet.

Die Grundrechte werden an den Anfang gestellt. Sie sollen die Freiheit des Staatsbürgers schützen und unabänderlich sein. Um ein gefestigtes Staatswesen zu erhalten, wird die deutsche Verfassung von 1919 in zahlreichen Punkten geändert. Das Volksbegehren und die direkte Wahl des Staatsoberhauptes durch das Volk werden z.B. abgeschafft. Alle Parteien werden der Aufsicht des Staates unterstellt. Parteien können verboten werden, falls sie den inneren Aufbau und die demokratische Ordnung des Landes gefährden. Alle Parteien sollen einen Rechenschaftsbericht über die Herkunft ihrer Mittel ablegen.

Die Gemeinde-, Kreis-, Länder- und Bundeswahlen werden im Grundgesetz nicht eindeutig festgelegt, so daß in den folgenden Jahren ständig neue Wahlgesetze beschlossen werden, die gewöhnlich den größeren Parteien Vorteile sichern. Das Wahlgesetz vom 25. Juni 1953 schaltet später alle kleineren "Splitterparteien" aus, wenn sie bei den Wahlen nicht mindestens 5 % aller abgegebenen Wählerstimmen oder die meisten Wählerstimmen in einem Wahlbezirk erzielen.

Nach den leidvollen Erfahrungen des NS-Terrors wird im deutschen Grundgesetz (Artikel 20 Abs. 4) ausdrücklich ein Widerstandsrecht verankert. Das Widerstandsrecht besteht danach gegen jeden (auch gegen die öffentliche Gewalt), der die verfassungsmäßige Ordnung zu beseitigen versucht. Dieses Widerstandsrecht kann durch keine Verfassungsänderung aufgehoben werden.

Die Präambel (feierliche Einleitung) des Grundgesetzes schließt mit den Worten: >>Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.<<

30.05.1949

SBZ: In Ostberlin verkündet der 3. Volkskongreß am 30. Mai 1949 die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, die ebenfalls für Gesamtdeutschland gelten soll (x105/306): >>Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik; sie baut sich auf den deutschen Ländern auf. ... Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit.<<

31.05.1949

Ostdeutschland: Internierungslager Potulice bei Nakel, Westpreußen – Erlebnisbericht der Annemarie M. (x002/510-511): >>Es hatte sich nun inzwischen schon einiges gebessert, aber Geld verdienen wir überhaupt nicht.

Am 31. Mai 1949 kamen wir alle ... ins Lager Potulice. Die Polen sahen es nicht gerne, da sie nun keine ... billigen Arbeiter mehr hatten. Ein Pole sagte noch am letzten Tag zu mir: "Frau, bleiben Sie hier, es gibt noch einmal Krieg, und der spielt sich im Westen ab. ..."

Als ich 14 Tage in Potulice war, schrieb ich ein Gesuch, daß ich endlich meine Kinder haben möchte. Man teilte mir mit, daß die Kinder in Schwetz zu 70 % erkrankt seien und sich in Thorn im Krankenhaus befinden würden, darunter waren auch 2 von meinen Kindern. Ich machte mir große Sorgen. Man durfte den Kindern nicht schreiben. Wollte man sich im Büro nach den Kindern erkundigen, wurde man angeschnauzt: "Die Kinder wären staatlich!"

Ich arbeitete den ganzen Tag in einer Waschanstalt. Abends um 9.00 Uhr mußte alles im Bett sein. Es herrschte überall Ordnung und Sauberkeit. Wer Läuse hatte, dem wurde das Haar kahlgeschoren. Nur die Wanzen wurden nicht ausgerottet, die gehörten noch zu den Peinigern ...<<

BRD: Im Mai 1949 wird der ehemalige ostpreußische Gauleiter Koch, der sich als "Landarbeiter Berger" in der Nähe von Hamburg aufhält, von britischen Sicherheitskräften festgenommen.

01.06.1949

BRD: Das bayerische Landesgrenzpolizeikommissariat Marktredwitz berichtet am 1. Juni 1949 über den Abschub von Sudetendeutschen nach Bayern (x005/543-544): >>1. Im Zuge der Flüchtlingsbewegung aus der CSR haben im Monat Mai 1949 1.145 volksdeutsche Personen die Grenze illegal überschritten. Die Volksdeutschen treffen aus allen Teilen der CSR zunächst in einem Sammellager in Eger ein und werden dort in Einzeltransporten, deren Stärke sich zwischen 30 und 100 Personen beläuft, in der Regel wöchentlich zwischen Dienstag und Freitag, an die Landesgrenze gebracht und über diese vornehmlich im Bereich der Grenzpolizei-posten Neuhausen und Wildenau abgeschoben.

Die Flüchtlinge sind nach wie vor mit wenigen Ausnahmen ohne Zuzugsgenehmigung. Ein Flüchtling mit Namen M., der am 29.4.49 illegal die Grenze überschritt, hatte ... eine Zuzugsbescheinigung bei sich, die er angeblich im April 1948 ... in Asch/CSR von einer ihm unbekannt Person für 500 Kronen käuflich erwarb.

Der Besitz des Entry-Permits neben der Zuzugsgenehmigung wurde bisher nur in einigen Fällen bei den mit der Eisenbahn über Schirnding einreisenden Volksdeutschen festgestellt.

2. Bekanntlich sträuben sich die Flüchtlinge verständlicherweise mit allen Mitteln gegen eine Zurückweisung, und die Situationen, die sich hierbei ergeben, sind alles andere als erfreulich. Außerdem dürfen keine Zweifel darüber bestehen, daß alle zurückgewiesenen Flüchtlinge über kurz oder lang an anderen Stellen die Grenze überschreiten.

Es handelt sich hier um ein schon oft dargelegtes Problem, das nicht von der Grenzpolizei gelöst werden kann, sondern mit dem sich das Land Bayern und die damit befaßte Flüchtlingsverwaltung zurechtfinden muß.<<

06.06.1949

SBZ: Der evangelische Bischof Dibelius kritisiert die linksradikale Politik in der sowjetischen Besatzungszone (x112/710): >>... Ernste Sorge mache die Entheiligung des Sonntags, die

Behinderung des Religionsunterrichts, die Beeinflussung der Schule "im antichristlichen Sinne".<<

07.06.1949

Ostdeutschland: Kreis Hohensalza in Westpreußen – Erlebnisbericht der F. K. (x002/500):

>>Auf dem Gut erhielt ich monatelang keine Post, obwohl ich genau wußte, daß mir mein Bruder jeden Monat einen Brief schrieb. Ich bat dann eine mir wohlgesinnte Frau, meine Briefe an ihre Anschrift senden zu lassen, welches sie mir auch gestattete. Fortan bekam ich auch hier meine Post. Diesem Beispiel folgten dann auch andere.

Es stellte sich dann später heraus, daß der Verwalter, welcher sich Ingenieur schimpfte, unsere Post einfach behielt. Sonst verlebte ich hier aber die erträglichste Zeit der viereinhalbjährigen Gefangenschaft.

Am 7. Juni wurden wir zum zweiten Mal nach Potulice berufen, empfingen unsere Papiere und mußten dann am 17. Juni 1949 unsere Heimat verlassen.<<

20.06.1949

Frankreich: Der Außenministerrat der Siegermächte beschließt während einer Konferenz in Paris (3. Mai bis zum 20. Juni 1949), daß die Grenzen Österreichs vom 1. Januar 1938 beibehalten werden sollen (x006/577).

22.06.1949

SBZ: Sämtliche Apotheken werden durch eine DWK-Verordnung vom 22.6.1949 enteignet (x009/24).

24.06.1949

Ostdeutschland: Internierungslager Potulice bei Nakel, Westpreußen – Erlebnisbericht der Bäuerin Berta P. (x002/481): >>Am 24. Juni ging es zum Transport. Um 2.00 Uhr nachts mußten wir uns im Hof aufstellen, um 4.00 Uhr marschierten wir bis Nakel. Dort ging es in den Zug und um 14.00 Uhr fuhren wir los.

Als wir in Frankfurt waren, atmeten wir erst einmal auf, und es wurde das Lied gesungen: "Nun danket alle Gott ..." Wir kamen ins Lager Fürstenwalde - Berlin.

Dort mußten wir 14 Tage bleiben. Dreimal in der Woche mußten wir zur Kundgebung. Es wurde uns gesagt, wir sollten nur nicht nach dem Westen, dort wäre Hungersnot und keine Arbeit.<<

30.06.1949

Rumänien: Hatzfeld im Banat – Erlebnisbericht des Landwirts T. T. (x007/308-309): >>Die Propaganda begann nachzuweisen, daß die Kleinfelderwirtschaft mit 9 Joch unrentabel sei und daß die Lösung in einem Zusammenschluß zu Kollektivwirtschaften läge.

Im Sommer 1949 ließen sich etwa 30 rumänische und ungarische Familien überreden, sich zu einer Kollektivwirtschaft zusammenzutun. Sie kamen jedoch bald dahinter, daß sie auf "ihrer Kolchose" nichts anderes als Knechte waren. Daher unternahmen sie alle Anstrengungen, um wieder aus der Kollektivwirtschaft herauszukommen. Es gelang ihnen, aber einige von ihnen sperrte man ein.

Andererseits gaben sich die Kommunisten größte Mühe, die privaten Bauern für die Kollektivfarm zu gewinnen, indem sie ihnen enorme Vorteile in Aussicht stellten, eine Motoren- und Traktorenstation errichteten, die unentgeltlich für das Kollektiv arbeitete, und die Abliefernngssätze niedrig hielten. Gleichzeitig setzten sie die Privatbauern durch immer höhere Steuern und Ablieferungsquoten unter Druck. Doch damit kamen sie nicht weit, denn die erpreßten Privatbauern sagten: "Sie sollen mir meine Felder und mein Vieh nehmen, dann habe ich Ruhe. Ins Kollektiv gehe ich jedenfalls nicht." ...<<

BRD: Die Alliierten bestätigen nochmals, daß Bonn die vorläufige Hauptstadt werden soll (x115/68): >>Es ist vorgesehen, daß die deutsche Regierung sich in Bonn niederlassen wird. Bonn wird künftig nicht mehr zur britischen Besatzungszone gehören.<<

Juli 1949

>>Wie lange soll dein Knecht noch warten? Wann willst du Gericht halten über meine Verfolger? ... / Sie haben mich fast umgebracht auf Erden; ich aber verlasse deine Befehle nicht.<< (Psalm 119, 84-87)

02.07.1949

Ostdeutschland: Internierungslager Potulice bei Nakel, Westpreußen – Erlebnisbericht der Annemarie M. (x002/511): >>Einige Frauen wurden rausgeholt, um die deutschen Friedhöfe sauber zu machen. Ich meldete mich auch, um aus dem Drahtverhau herauszukommen.

Es waren 2 kleine Friedhöfe, ungefähr je 2 Morgen groß, mit kleinen Hügeln und Nummern versehen. Nebenan war noch ein größerer Friedhof, welcher schon eingeebnet war. Dort wuchs schon Roggen.

Es war nun Juli geworden. Endlich kam nun eins von meinen Kindern (ins Lager). Nach ein paar Tagen kam das zweite Kind (aus dem staatlichen Kinderheim). ...<<

05.07.1949

Ostdeutschland: Internierungslager Potulice bei Nakel, Westpreußen – Erlebnisbericht des B. R. (x002/871-872): >>Endlich kamen wir der Entlassung näher.

Wir wurden zum Transport aufgeschrieben, mußten aber eine Erklärung unterschreiben, daß wir in der russischen Zone unsere Angehörigen haben, dort wohnen und arbeiten werden. Das Gegenteil war der Fall, denn meine Töchter arbeiteten schon seit 1946 in der britischen Zone. Ein alter, gebrechlicher Mann, der erklärte, er wolle in die britische Zone, wurde zurückgestellt. ...

Anders als in den Jahren 1945/46 waren die Polen im Jahre 1949 weniger gern zur Ausweisung der Deutschen bereit, da sie mit ihnen wertvolle Arbeitskräfte verloren. In der Anordnung, daß nur solche Personen entlassen werden dürfen, die in der sowjetischen Zone Deutschlands bleiben wollten, zeigte sich das Bestreben, diese deutschen Arbeitskräfte, wenn schon nicht in Polen, so doch wenigstens in einem der Ostblockstaaten zu behalten. ...<<

14.07.1949

Ostdeutschland: Internierungslager Jaworzno bei Myslowitz in Oberschlesien – Erlebnisbericht des Buchhalters Walter F. (x002/326): >>Im Juli 1949 wurden wir, etwa 800 Mann, in Güterwagen verfrachtet und kamen in das Entlassungslager nach Potulice im Kreise Bromberg.

(Wir bekamen) schlechte Ernährung und Milliarden von Wanzen (gab es dort). Schläge und Arbeit gab's dort nicht. Der Aufenthalt dauerte nur etwa 14 Tage.

Dann begann der Transport "in die Heimat". (Es waren) über 1.200 Männer, Frauen und Kinder. Zunächst ging's nach Dessau und dann nach Friedland.<<

17.07.1949

Ostdeutschland: Internierungslager Potulice bei Nakel, Westpreußen – Erlebnisbericht des B. R. (x002/872): >>Wir zählten schon die Tage.

Schikanen gab es nicht mehr. Nach der Arbeitszeit durften ... (die Lagerinsassen) bis 21.00 Uhr auf dem Freiplatz des Lagers spazieren gehen. Wieviel Liebespärcchen konnte man dort sehen. Kein Milizionär kümmerte sich darum. O, wie schwer ist hier gelitten worden, und jetzt war das Lager wie ein Erholungsheim. Es fehlte nur noch eine Musikkapelle, die Tanzmusik spielte. ... Es wurde sogar versucht, abends in der Baracke zu singen, was zuvor unmenschlich schwer bestraft wurde. Auch konnten die alten Personen, die in letzter Zeit wegen Überfüllung des Lagers nicht mehr zur Arbeit herangezogen wurden, während des Tages auf ihrer Schlafstelle ruhen. Auch Nachtstörungen kamen nicht mehr vor.

Endlich kam der Tag, wo ich mit meinem Sohn in die Isolierbaracke kam. ... Die Zollbehörde war gekommen und untersuchte unsere wenigen Sachen. So gingen die Vorbereitungen zum

Transport weiter. Mit Läusepulver wurden wir von hinten und von vorn, von unten und von oben eingepudert. Wir erhielten sehr notwendige, aber doch minderwertige Kleidungsstücke, und wurden in Waggons eingeteilt. So vergingen die letzten 8 Tage. Arbeiten durften wir nicht mehr.

Zu dem Transport gehörten 1.600 Personen, 1/4 Männer, 1/4 Kinder und 2/4 Frauen. Am letzten Tag wurden wir waggonweise aufgestellt, damit das Durchschleusen durch das Lagertor, das nachts um 12.00 Uhr begann, reibungslos stattfinden konnte. Der Transport war vom ersten bis zum letzten Waggon alphabetisch eingeteilt und wurde am Tor in dieser Reihenfolge aufgerufen. Es klappte gut.

Nachdem wir das Lager verlassen hatten, übernahm uns das Rote Kreuz. Nun mußte man aber den Mund halten und keinem erzählen, in welche Zone man wollte, denn es waren einige Spitzel unter uns. Es war schon vorgekommen, daß einige vom Bahnhof ins Lager zurückkamen, weil sie in ihrem Freudentaumel gesagt hatten: "Ich reise doch in die britische Zone!"

Polnische Miliz begleitete uns als "Schutzengel", denn das polnische Zivilvolk könnte uns gemarterte und wehrlose Menschen überfallen. Die dachten aber gar nicht daran. Um 5.00 Uhr morgens kamen wir ... auf dem Bahnhof in Nakel an. Hier wurden wir verladen. Am Sonntag, dem 17. Juli 1949, verließ unser Zug (als 16. Transport) den Bahnhof Nakel.

Es handelte sich um einen der Ausweisungstransporte von Entlassenen aus polnischen Zwangsarbeitslagern, die im Jahre 1949 erfolgte. Die Auflösung der Lager, Entlassung und Ausweisung der Deutschen begann in Einzelfällen schon in den Jahren 1947/48, erreichte im Jahre 1949 den Höhepunkt und wurde in den Jahren 1950/51 zu Ende geführt.<<

18.07.1949

Ostdeutschland: Internierungslager Potulice bei Nakel, Westpreußen – Erlebnisbericht der Schwester M. S. (x002/614): >>Im Januar 1949 hatte ich einen Bestand von 221 Personen, dazu kamen bis Mitte Juli ungefähr 160 Personen, davon starben 185.

Die übrigen sind z.T. mit ihren Kindern oder Angehörigen oder auch allein ... mit den Transporten nach Deutschland gekommen. Einzelne, die in Polen bleiben wollten, wurden auch inzwischen entlassen - (es waren) aber nur wenige. So hatte ich z.B. noch 3 Leute, 2 Männer und eine Frau, die in Polen bleiben wollten. Sie wurden 2 Tage vor meiner Entlassung ins Hospital verlegt.

Somit war meine Mission beendet, nachdem ich tags zuvor, am 18. Juli, 8 Schwerkranke, darunter mein Sorgenkind Gerhard, nach Nakel begleitet und sie in den Sanitätswagen, der sehr sauber und ordentlich war, gebettet hatte. Es gab nun kein Altersheim mehr.<<

21.07.1949

Ostdeutschland: Durchgangslager Nakel, Westpreußen – Erlebnisbericht der Schwester M. S. (x002/615-617): >>Nakel war eine kleine Umsiedlungszentrale.

Ein Barackenkomplex verriet, daß hier Deutsche "hausten". Wie üblich wurden Personalien, Aussiedlungsscheine und die Listen geprüft. ... (Danach ging es) wieder in eine Baracke. Wie lange noch? Niemand wußte es.

Viele waren schon 3 Wochen hier, aber man sprach davon, daß in den nächsten Tagen ein kleiner Transport nach Breslau gehen würde. Allerlei Menschen sah ich dort wieder, die bei mir sogar in Potulice in Baracke 17 waren, die für Polen optiert hatten, als "Polen" entlassen wurden und jetzt auf den Abtransport nach Deutschland warteten.

Zu einem Opa sagte ich gleich: "Nun, Herr F., haben sie Polen schon aufgebaut? Ist es fertig? Wollen Sie jetzt Deutschland unsicher machen?" Da wurde er sehr verlegen und sagte: "Meine Tochter durfte mich nicht behalten, ich bekam einen Aussiedlungsschein und fahre jetzt zu meinem Sohn."

Der alte Mann war ein Deutscher, die Tochter, mit einem Polen verheiratet, hatte ursprünglich die Entlassung (des Vaters) aus dem Lager erreicht, durfte den Vater aber danach nicht bei

sich behalten. Dieser Opa war damals unausstehlich gewesen. Er hatte nur noch von Polen geschwärmt und polnisch gesprochen, obwohl er nur ein paar Brocken dieser Sprache konnte, und hatte Luftschlösser gebaut. Nun waren sie fertig, aber auch schon wieder eingestürzt.

Am Nachmittag des 21. Juli 1949 wurde ich schon wieder ins Büro gerufen. ... Ich bekam es mit der Angst zu tun. Was würde nun passieren? Mußte ich wieder zurück nach Potulice? Nein, nur das nicht! Der Herr Kierownik (ein leitender Verwaltungsbeamter) sprach polnisch. Er fragte, ob ich eine Schwester sei usw. Ich sagte darauf: "Ja, ich verstehe schon einiges, aber ich weiß nicht, was Sie von mir wollen." Natürlich wunderte er sich, daß ich so lange in einem polnischen Lager war und nicht einmal Polnisch gelernt hatte. Nun ging diese Litanei von neuem los, dachte ich, aber dann sprach er deutsch und trug mir eine neue Aufgabe auf.

Draußen im Hof standen eine Reihe Kinder im Alter von 6 bis 15 Jahren. ... Sie waren aus dem Kinderheim Schwetz gekommen, hatte ich gehört, und um diese Kinder sollte ich mich nun kümmern. ... Ich wagte es, mich zu weigern, denn ich war so abgearbeitet, ... so müde und wollte jetzt endlich Ruhe haben. ... Ich wollte keine Verantwortung mehr. Doch es nützte nichts. Ich machte einen letzten Versuch: "Die Kinder können doch kein Wort Deutsch, und ich kann nicht Polnisch - wir verstehen uns nicht, ich kann die Verantwortung nicht übernehmen."

Aber der Herr Kierownik ließ nicht davon ab: "Wenn wir eine Schwester hier haben, muß sie auch die Kinder übernehmen, und ich gebe ihnen noch eine Frau als Hilfe." Also hatte ich schon wieder eine neue Mission. Doch ich erbat mir von dem Herrn Kierownik "Ausgang". ... Er sagte: "Aber natürlich dürfen Sie in die Stadt gehen, zumal bei dem schönen Wetter. Die Kinder bleiben im Lager, und wenn Sie zurückkommen, schauen Sie mal nach; wenn Sie etwas benötigen, wenden Sie sich an uns."

Am Nachmittag des 21. Juli machte ich gleich meinen ersten Ausflug in die "goldene Freiheit". Ich kam mir so ängstlich, so unsicher vor und glaubte, jeder Mensch müßte es mir an der Nase ansehen, daß ich eine Deutsche – also eine Gefangene – war.

Die Kinder waren schwierig zu behandeln. ... Ein Bub, der vor einem 3/4 Jahr im Lager Potulice war, erkannte mich. ... Ich war ziemlich erstaunt, weil der Bub polnisch mit mir sprach. Ich sagte zu ihm: "... Warum sprichst Du denn jetzt polnisch? Hier ist doch die deutsche Sprache nicht mehr verboten, und ich denke, Du willst doch auch nach Deutschland fahren, Du bist doch ein deutscher Bub!" Er antwortete ... in einem ganz schlechten Deutsch: "Schwester, ich habe alles verlernt; wir durften kein deutsches Wort sprechen, verstehen tue ich es noch, (ich kann) es nur nicht gut sprechen." Ich munterte ihn auf, daß er die deutsche Sprache schon bald wieder lernen würde. ...

28 Kinder waren es, die aus dem Kinderheim Schwetz kamen. Ich erkundigte mich, ob denn noch mehr deutsche Kinder dort wären, da sagten sie: "Ja, ja, noch viele!" Wieviel, konnte ich aber nicht herausbekommen. Dann wollte ich noch unbedingt wissen, wie und auf welche Art und Weise diese 28 Kinder zu einem Transport nach Deutschland ermittelt wurden. Da erzählten die Kinder, daß vor einigen Tagen 3 Herren gekommen wären und gefragt hätten, wer nach Deutschland wollte und wer Verwandte oder Angehörige in Deutschland hätte. Natürlich hatten sich noch mehr Kinder gemeldet, aber sie seien nun gerade ausgesucht worden.

Als ich einzelne Kinder fragte: "Wo willst Du denn hin?", bekam ich meistens nur die Antwort: "Do Niemcy" ("Nach Deutschland"). ... Die meisten, ja fast alle Kinder waren Halb- und Vollwaisen. ... Ein Kind sagte: "In Deutschland, in Westfalen, wohnt eine Tante, zu der fahre ich hin." ... 2 Schwestern, 14 und 15 Jahre alt, gestanden offen ein, sie wüßten nicht, ob sie Verwandte in Deutschland hätten. ... Der Vater war Soldat und die Mutter wurde ermordet. Sie sprachen nur polnisch. Die 15jährige verstand etwas Deutsch, aber die andere stellte sich noch ganz bockbeinig an. Sie sagte, noch sei sie in Polen und brauche deshalb nicht deutsch zu sprechen.

Im Büro wurde auch nach Adressen von Verwandten gefragt. Als diese 2 Schwestern an die Reihe kamen, sagten sie wieder ganz offen und ehrlich, sie wüßten nicht, ob sie Verwandte in Deutschland hätten. Da sagte Herr Kierownik: "Ja, warum wollt Ihr denn nach Deutschland? Bleibt doch hier, ich hätte für Euch eine gute Stelle, und Ihr sprecht doch ein so feines Polnisch; niemand merkt, daß ihr keine Polen seid. Ihr braucht nur zu sagen: Wir fühlen uns als Polen und wollen in Polen bleiben; dann könnt Ihr gleich heute das Lager verlassen und seid freie Menschen. Wer weiß, wie es Euch in Deutschland gehen wird!"

Beide waren sich aber in diesem Punkt einig und sagten: "Unsere Eltern waren Deutsche, und wir bleiben es auch!"

Ich sehe sie heute noch, als wir in Hannover waren und vom Roten Kreuz aufgeteilt wurden. Da standen sie beide neben mir, lehnten sich an mich und weinten bitterlich: "Schwester, nehmen Sie uns doch mit! Was wird man mit uns machen, wenn wir keine Verwandten angeben können? ..." <<

UdSSR: Zwangsarbeitslager im Süd-Ural – Erlebnisbericht der Ilse L. (x002/69): >>Im Laufe der Zeit hatte ich mich an die Holzschlepperei (im Bergwerk) so gewöhnt, daß ich mir gar keine andere Arbeit wünschte, zumal der Verdienst nicht schlecht war. Ca. 500 Rubel bekam ich monatlich ausgezahlt.

Ich hätte von dem Geld ganz gut leben können, doch ich bin sehr viel krank gewesen: Eine Lungenentzündung, Malaria und Quetschungen bei der Arbeit brachten mich oft ins Lazarett. Während dieser Zeit bekam ich nie Geld und mußte von meinen Ersparnissen leben. Hätte meine Freundin Margot ... mich nicht so treu unterstützt, dann wäre es mir oft bitter ergangen. Bei längerer Krankheit bekam man zwar vom Lager etwas Verpflegung, doch das war zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig.

Am 21. Juli 1949 verunglückte ich zum letzten Mal im Schacht. Durch die Quetschungen zog ich mir eine Phlegmone (Zellgewebsentzündung) zu, die mich 5 Monate ans Bett fesselte. <<

BRD: Während einer CDU/CSU-Veranstaltung macht Konrad Adenauer die mitteldeutsche und die Berliner SPD für die Teilung Deutschlands verantwortlich (x112/732): >>Es ist eine historische Schuld der Sozialdemokratie in der Ostzone und in Berlin, daß sie den einheitlichen Widerstand der deutschen Parteien in der russischen Besatzungszone gegen den Kommunismus und gegen die Russen zerbrochen hat. <<

25.07.1949

Ostdeutschland: Kreis Sensburg, Ostpreußen – Erlebnisbericht des M. E. (x002/886-887): >>Mit zunehmender Besorgnis verglichen wir Pressenotizen. ...

Es wurde bereits im Juli 1949 erklärt, daß wir gar nicht daran zu denken brauchten, nach ... Westdeutschland umgesiedelt zu werden. ... Es war für uns eine verzweifelte Lage, daran glauben zu müssen, was die Polen erklärten. "Man will uns in Deutschland nicht haben; laut internationaler Vereinbarung müssen wir Polen werden."

Wir sträubten uns, daran zu glauben, daß auch gewisse deutsche Kreise (des kommunistischen Regimes in der Sowjetzone) an der Ablehnung unserer Umsiedlung beteiligt sein sollten. Nach all dem Anfachen der Hoffnung, der Enttäuschung und Vertröstung sowie Wiederanfachen der Hoffnung schien uns diese Version beinahe glaubhaft, die lautete, daß man uns durch Versprechungen und Vertröstungen so lange hinhalten wollte, bis man den Polen, wie im Februar dieses Jahres, weitere Vollmachten zu unserer zwangsweisen Einbürgerung geben würde, um dann bedauernd die Achseln zu zucken und zu sagen, daß man nun nichts mehr machen könnte.

Unsere Lage war sehr schwer. Am 7. April 1946 hatte man unser Gehöft in Brand geschossen. Dadurch verloren wir alles, was uns nach 4wöchiger Flucht noch übriggeblieben war. Das viele Geld für eine Schwarzfahrt nach Deutschland aufzubringen, war völlig unmöglich. Wir

lebten jahrelang bei allerschwerster Arbeit in mangelhafter Kleidung - ohne Pferd und Kuh, ohne Schaf und Schwein, ohne Fett und Milch - von Kartoffeln und Schwarzbrot.

In Deutschland gab man uns auf das Bitten unserer Angehörigen keine Zuzugsgenehmigung. Das Permit Office (in Polen) verlangte aber eine Zuzugsgenehmigung. Es schien ein vereinbartes Trickspiel zu sein. Dafür duldeten, darben und litten wir, daß man uns in Deutschland die Tür verschloß.

Dafür waren (also meine) 2 Söhne und mein Bruder gefallen, daß wir nun betteln müssen, um nach jahrelangen Leiden als Deutsche nach Deutschland zu gelangen. Als wir uns der ... polnischen Februarfolter dieses Jahres beugen mußten, wandten wir uns auf Anraten der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände in Hamburg - unter Hinweis auf unsere Erpressung - an das polnische Außenministerium, mit der Bitte um Ausweisung aus Polen. ...<<

31.07.1949

BRD: Adenauer verspricht bei seinen Wahlkampfreden, ein Ministerium für die Vertriebenenprobleme zu bilden.

02.08.1949

Ostdeutschland: Internierungslager Potulice bei Nakel, Westpreußen – Erlebnisbericht der Annemarie M. (x002/511): >>Wir waren nun inzwischen ... transportfertig. Es war der 2. August.

Meine Tochter fehlte immer noch. Es waren auch noch etwa 50 deutsche Soldaten im Lager, die sollten in 8 Tagen weg. Diese Soldaten sorgten dafür, daß (im polnischen Kinderheim) in Schwetz angerufen wurde. Am Abend kam dann ein Auto mit 15 Kindern. Meine Tochter war auch dabei. ...<<

03.08.1949

Ostdeutschland: Internierungslager Potulice bei Nakel, Westpreußen – Erlebnisbericht der Annemarie M. (x002/511): >>In der Nacht zum 3. August ging es zu Fuß bis nach Nakel, wo die Waggons bereitstanden. 32 Personen kamen in einen Waggon. Die Verpflegung war gut. Viele Mütter mußten ohne ihre Kinder fahren, weil das Kinderheim Schwetz sie nicht rechtzeitig geschickt hatte. ...<<

08.08.1949

BRD: Das Gesetz zur Milderung dringender sozialer Notstände ("Soforthilfegesetz") tritt in Kraft. Es wird z.B. eine monatliche Unterhaltshilfe von 70 DM gezahlt (x024/239).

14.08.1949

BRD: In den 3 Westzonen findet die 1. Bundestagswahl statt (CDU/CSU = 31 %, SPD = 29,2 %, FDP = 11,9 %, KPD = 5,7 %, DP = 4 %).

16.08.1949

SBZ: Ein SED-Politbeschuß vom 16. August 1949 lautet (x009/280): >>... (Der) Apparat der Massenorganisationen wird zentral geleitet, bei den Landesvorständen und Kreisleitungen sind die Parteimitglieder zu Parteigruppen zusammenzufassen. ... Der Apparat der Parteigruppen muß ein operatives Instrument der Parteileitung sein. ...

In den Parteigruppen ist jeder Genosse, gleich welche Funktion er im Apparat hat, zuerst Mitglied der Partei ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Massenorganisationen in der SBZ (x009/280): >>Von der SED gesteuerte Organisationen. Die Massenorganisationen sollen als "Transmissionsriemen" die Bevölkerung für die Verwirklichung der SED-Politik aktivieren. Mitgliedschaft in einer der Massenorganisationen gilt als Mindestmaß "gesellschaftlicher Aktivität".

Trotz teilweise vorgegebener parteipolitischer Neutralität oder parteimäßig nicht gebundener Vorsitzender werden sämtliche Massenorganisationen durch die SED, vor allem durch die hauptamtlichen Funktionäre, die überwiegend SED-Mitglieder sind, geleitet. ...<<

24.08.1949

BRD: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) schreibt am 24. August 1949 über den Wahlausgang der ersten Bundestagswahl (x112/750): >>Ohne diese praktische Wahlhilfe des britischen Außenministeriums und des Genossen Bevin für die CDU wären wir wenigstens formal die stärkste Partei geworden, ohne damit an der Entwicklung zum Bürgerblock etwas Beträchtliches hätten ändern (zu) können. ...<<

Die auf Bundesebene organisierten Landsmannschaften der Vertriebenen schließen sich in Bad Homburg im Verband Vereinigter Ostdeutscher Landsmannschaften (VOL) zusammen, den man im Jahre 1952 in Verband der Landsmannschaften (VdL) umbenennt.

Vorsitzender des VOL wird der sudetendeutsche Politiker Rudolf Lodgman von Auen (1877-1962).

25.08.1949

BRD: Das bayerische Landesgrenzpolizeikommissariat Hof berichtet am 25. August 1949 über den Abschub von Sudetendeutschen nach Bayern (x005/544): >>Das bayerische Landesgrenzpolizeikommissariat Hof berichtet, daß im Bereich der Grenzpolizeistelle Rehau am 22.8.1949 gegen 17 Uhr von den Tschechen 38 sudetendeutsche Flüchtlinge und etwa 15 Kinder bei Mähring über die Grenze nach Bayern abgeschoben worden sind.

Es handelt sich durchweg um Sudetendeutsche aus dem Bezirk Freiwaldau/CSR, die in der Mehrzahl noch bis unmittelbar vor ihrer Ausweisung in ihren ursprünglichen Wohnungen lebten. Unter den Flüchtlingen befanden sich auch alte, gebrechliche Leute und Säuglinge. Die Personen wurden von Freiwaldau mit der Eisenbahn bis Eger und anschließend mittels LKW bis an die bayerische Grenze gebracht; sämtliches noch im Besitz befindliche Geld wurde ihnen an der Grenze durch die Tschechen abgenommen.

Die früheren Transporte wurden in der Regel entweder am tschechischen Zollhaus oder am alten Wasserwerk bei Neuhausen durchgeführt, während die eingangs erwähnte "Aussiedlung" erstmals bei Mähring erfolgte. Es wird deshalb angenommen, daß sich die tschechischen Grenzbehörden an die früheren Vereinbarungen nicht mehr halten.

Dem Bericht des BLGP-Kommissariats Hof zufolge versuchen nunmehr die tschechischen Behörden die ... Abmachungen, wonach nur bei Wildenau und Neuhausen wöchentlich höchstens 80 Flüchtlinge über die Grenze gebracht werden und diese Zahl auf keinen Fall vergrößert würde, dadurch zu umgehen, daß sie auch an anderen Grenzstellen mit dem Abschieben von Sudetendeutschen beginnen.<<

28.08.1949

SBZ: Verschleppte Rumänien-Deutsche in Mitteldeutschland – Erlebnisbericht des Metzgers Andreas W. (x007/281-282): >>Dann versuchte ich auf illegalem Wege nach Rumänien zu gelangen. ...

Bei Hof wurde ich jedoch von den Russen geschnappt und zur Strafe ins Uranbergwerk nach Aue verpflichtet. In Plauen stieg ich jedoch in einen falschen Zug und landete in Berlin. ... Ich wurde in Berlin-Mariendorf im Barackenlager "Askania" untergebracht, von dort wurde ich am 28. August 1949 über die Luftbrücke von West-Berlin in die Westzone ausgeflogen.<<

01.09.1949

UdSSR: Zwangsarbeitslager im Ural – Erlebnisbericht des H. H. (x002/90): >>Unser Lager umfaßte im Juni 1945 ca. 1.800 Frauen und Männer von 15 bis 65 Jahren.

Von der Gesamtzahl sind ca. 60 % tot, und laut Meldung der ... im September 1949 Heimgekehrten wurden ... noch 3 Kameraden zurückgehalten und zu mehrjähriger Zwangsarbeit verurteilt. ... (Sie) waren sich einer schuldhaften Handlung nicht bewußt!<<

Zwangsarbeitslager in Tschassow Jar, Donezbecken – Erlebnisbericht der Hilde K. (x006/300): >>Gegen Ende unserer Haft wurde auch in unserem Lager ein Antifaschistisches Komitee unter der Leitung des politischen Offiziers gegründet, dessen Aufgabe es war, uns über die

Lehren von Marx und Engels sowie den Leninismus und den damals noch populären Stalinismus zu unterrichten. Besonders ... wurde uns eingepägt, ja alles über die gute Lebensweise des sowjetischen Arbeiters im kommunistischen Staat, das Aufblühen der Sowjetunion, über die wunderbaren Einrichtungen der Kolchosen und Sowchosen, so auch über ihre landwirtschaftlichen Fortschritte (Doppelernten etc.) weiterzuverbreiten. ...

Diese Schulungen waren auch "unbedingt" notwendig, denn sonst hätten wir Rußland nach 5 Jahren verlassen, ohne zu wissen, wie gut es uns unter diesem einmaligen Regime gegangen war und wie dankbar wir sein mußten daß wir es kennenlernen durften. ...<<

12.09.1949

BRD: Theodor Heuss wird am 12. September 1949 zum Bundespräsidenten gewählt. Der neue Bundespräsident wird von der Bevölkerung in den folgenden Jahren sehr geachtet und ist ein ungewöhnlich beliebter Politiker.

Bundespräsident Theodor Heuss, der sich wesentlich an der Formulierung des Grundgesetzes beteiligt hat, sagt während seiner Antrittsrede vor dem deutschen Bundesrat und Bundestag (x105/307-308): >>Niemand wird, so hoffe ich, mißdeuten, und mancher wird verstehen, wenn ich in dieser mich sehr bewegenden Stunde, die mein Leben verwandelt, zunächst sehr persönliche Dinge anspreche und zweier Männer gedenke:

Mein früh verstorbener Vater hat in die Seelen seiner jungen Söhne die Legenden des Jahres 1848 gegossen, die mit der Familiengeschichte verbunden sind, und uns einen Begriff davon gegeben, daß die Demokratie und Freiheit nicht bloße Worte, sondern lebensgestaltende Werte sind.

Ich darf weiter an Friedrich Naumann denken, ... ohne den ich nicht das wäre, was ich bin, dem ich zumal das Wissen verdanke, das als Erbe in mir geblieben ist, daß die Nation nur leben kann, wenn sie von der Liebe der Massen ihres Volkes getragen wird, und von dem ich gelernt habe, daß die soziale Sicherung mit die Voraussetzung der politischen Sicherung ist. ... Wir sind eine Bundesrepublik. ... Wir wollen in Deutschland keinen Zentralismus haben. Wir haben die Lehre der Nationalsozialisten hinter uns, die gezeigt haben, wohin es führt, wenn der deutsche Mensch genormt werden soll. ... Die Länder sollen ihr Eigenleben führen, aber nicht ihr Sonderleben, sondern im Verband des Gemeinen. ...

Ich habe selber zum Grundgesetz, als wir es berieten, den Antrag gestellt, daß wir uns als stellvertretend empfinden für die deutschen Brüder (im Osten), die an dieser Aufgabe nicht mitwirken konnten. ...

Deutschland braucht Europa, aber Europa braucht auch Deutschland. Wir wissen, daß wir im Geistigen ärmer geworden sind in der Hitlerzeit, als uns die Macht des Staates von dem Leben der Völker abspernte. ... Wir stehen vor großen Aufgaben, ein neues Nationalgefühl zu bilden. Es ist eine sehr schwere erzieherische und erlebnismäßige Aufgabe, daß wir nicht in den Resentiments versinken und stecken bleiben, in die das Unglück des Staates uns gestürzt hat.

... Es ist ein seltsames deutsches Volk, das voll der größten Spannungen ist, wo das Subalterne neben dem Genial-Spekulativen und der großen Romantik steht. Wir haben die Aufgabe, uns im politischen Raum zum Maß und zum Gemäßen zurückzufinden und unsere Würde neu zu bilden, die wir nie im Innern der Seele verloren.<<

15.09.1949

Ostdeutschland: Ausweisungsurteil für Wanda J. aus dem Kreis Turek, Reichsgau Wartheland (x002/870-871): >>Kreisstarost von Turek, ... 15. September 1949. Urteilsspruch.

Auf Grund der Art. 1 und 7 des Dekrets vom 13. September 1946 über die Ausschließung von Personen deutschen Volkstums aus der polnischen Gesellschaft entziehe ich auf Grund eines Antrages des Kreisamtes für öffentliche Sicherheit in Turek ... der Wanda J. ... die polnische Staatsbürgerschaft.

Gleichzeitig verfüge ich die Aussiedlung der Obengenannten aus dem Gebiet des polnischen Staates und erkläre ihr Vermögen für verfallen zu Gunsten des polnischen Staatsschatzes: Wohnhaus, Scheune, Viehstall zusammen mit Pferdestall und Speicher, Schuppen und 1,40 Hektar Land in Turek.

Begründung.

Das Kreisamt für Öffentliche Sicherheit in Turek beantragte unter Anlehnung an die Vorschriften der Art. 7 und 1 des Dekrets vom 13. September 1946 über die Ausschließung von Personen deutschen Volkstums aus der polnischen Gesellschaft die Entziehung der polnischen Staatsbürgerschaft.

Auf Grund der Ergebnisse durchgeführter Ermittlungen wurde der folgende Tatbestand festgestellt: W. J. betrachtete sich noch vor 1939 als Deutsche. Zu Hause bediente sie sich der deutschen Sprache. In allen Dokumenten erklärte sie ihre deutsche Volkszugehörigkeit zum deutschen Volkstum. In der Wohnung der Wanda J. fanden Versammlungen deutscher Organisationen statt. Zu der polnischen Bevölkerung war sie feindlich eingestellt, wofür sie durch Spruch des Bezirksgerichts zu 3 Jahren Gefängnis und Verlust der öffentlichen und bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren verurteilt wurde.

Den oben geschilderten Tatbestand nach den Vorschriften ... bewertend, mußten als Beweise angesehen werden, daß Wanda J. durch ihr Verhalten tatsächlich ihre deutsche nationale Eigenart bewiesen hat. Es bestanden daher die gesetzlichen Handhaben zur Anwendung des Dekrets vom 13. September 1946, welche die Entziehung der Staatsbürgerschaft (Art. 1), die Aussiedlung (Art. 4) und den Verfall des Vermögens (Art. 5) für begründet halten.

Gegen diesen Urteilsspruch haben die Parteien das Recht, das Bezirksgericht Kalisch anzurufen. Der Antrag durch den Kreisstarosten in Kalisch muß im Laufe von 7 Tagen vom Tage des Ergehens des Spruches an gestellt werden.

Der Kreisstarost ... T. Kopacz

Hierdurch erkläre ich, daß ich auf das mir im Laufe von 7 Tagen, vom Tage der Einhängung dieses Spruches an gerechnet, zustehende Recht der Berufung verzichte. Wanda J. (Unterschrift)<<

BRD: Bundeskanzler Konrad Adenauer bildet eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU, FDP und DP.

20.09.1949

BRD: Bundeskanzler Adenauer sagt während seiner Regierungserklärung (x058/399): >>Auf Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat wartet eine außerordentlich große und umfangreiche Arbeit. ...

Die Vertriebenen werden gleichmäßiger als bisher auf die verschiedenen Länder verteilt werden müssen.

... Die Bundesregierung wird, soweit ihre finanziellen Kräfte es erlauben, dafür eintreten, daß die wissenschaftliche Forschung in Deutschland gefördert wird. Und sie wird dann auch die deutsche Wirtschaft veranlassen, das gleiche zu tun. Nur wenn es gelingt, uns durch Leistungen auf dem Weltmarkt auszuzeichnen, wird es möglich sein, auf ihm zu bestehen. ...

Der Wiederaufbau unserer Wirtschaft aber ist die vornehmste, ja einzige Grundlage für jede Sozialpolitik und für die Eingliederung der Vertriebenen. Nur eine blühende Wirtschaft kann die Belastungen aus dem Lastenausgleich auf die Dauer tragen.

... Es scheint mir aber auch eine der wesentlichsten Grundbedingungen einer verständigen Sozialpolitik zu sein, den Fleißigen und Tüchtigen jede Aufstiegsmöglichkeit zu geben. ...

Und nun lassen Sie uns übergehen zu Fragen, die uns in Deutschland außerordentlich am Herzen liegen und die für unser gesamtes Volk Lebensfragen sind. Es handelt sich um die Abkommen von Jalta und Potsdam und die Oder-Neiße-Linie.

Im Potsdamer Abkommen heißt es ausdrücklich: Die Chefs der 3 Regierungen, das sind die Vereinigten Staaten, England und Sowjetrußland, haben ihre Absicht bekräftigt, daß die endgültige Bestimmung der polnischen Westgrenzen bis zur Friedenskonferenz vertagt werden muß. Wir können uns daher unter keinen Umständen abfinden mit einer von Sowjetrußland und Polen später einseitig vorgenommenen Abtrennung dieser Gebiete. Diese Abtrennung widerspricht nicht nur dem Potsdamer Abkommen, sie widerspricht auch der Atlantik-Charta vom Jahre 1941, der sich die Sowjetunion ausdrücklich angeschlossen hat. ...

Wenn ich aber vom Frieden spreche, dann muß ich auf die Teilung Deutschlands zurückkommen. Ich fürchte, daß in Europa keine Ruhe eintreten wird, wenn sie nicht verschwindet. ... Wir hoffen, daß dann der Wiedervereinigung mit unseren Brüdern und Schwestern in der Ostzone und in Berlin nichts mehr im Wege steht.

Lassen Sie mich in dieser Stunde mit besonderem Dank der Vereinigten Staaten von Nordamerika gedenken ...<<

21.09.1949

BRD: Das Besatzungsstatut der Alliierten tritt in Kraft. Es schränkt die deutschen Souveränitätsrechte bis zum 5. Mai 1955 empfindlich ein.

In der Bundesrepublik Deutschland wird die Lizenzpflicht für Zeitungen und Zeitschriften aufgehoben. Jeder Westdeutsche kann jetzt Presseerzeugnisse ohne Zustimmung der Besatzungsmächte herausgeben.

30.09.1949

Rumänien: Hatzfeld im Banat – Erlebnisbericht des Landwirts T. T. (x007/309): >>Der Hungerlohn und die schwere, über meine Kräfte gehende Arbeit auf der Staatsfarm veranlaßten mich, eine andere Beschäftigung zu suchen.

Ich meldete mich in der Hatzfelder Hutfabrik, die früher dem Schwaben D. gehört hatte und 1945 mit einer zweiten kleineren und ebenfalls schwäbischen Hutfabrik zusammengelegt worden war. Der Direktor der verstaatlichten Hutfabrik war ein Jude, den ich von früher her kannte und mit dem ich häufig Schach gespielt hatte. Er nahm mich auf und wies mich in die Kanzlei als Hilfskraft ein.

Auf Betreiben der Parteileute, die mich haßten, wurde ich aber bald aus der Kanzlei entfernt und in die Wollreißabteilung gesteckt. Hier arbeitete ich im Akkord. Aber auch dies paßte den Kommunisten nicht. So schoben sie mich zu niedrigen Diensten ab und gaben mir einen elenden Stundenlohn. Ein ähnliches Schicksal erlitten fast alle Schwaben, die in der Fabrik ihr Brot zu verdienen suchten.

Der Direktor befreite mich endlich von der schweren Arbeit, die ich zu leisten hatte und die mich fast umbrachte, und setzte mich als Portier ein. Diesen Posten bekleidete ich 4 Monate lang, dann war die Herrlichkeit zu Ende, weil ein neuer politischer Leiter einzog, der mich, den "Dreckschwaben", zum Hofkehrer degradierte. Und schließlich kam das, was ich schon lange befürchtet hatte. Man rief mich ins Büro und verkündete mir, ich möge mich beim Arbeitsamt melden, um eine neue Arbeit zugewiesen zu erhalten.

Dies kam einer Entlassung gleich. Ich meldete mich beim Arbeitsamt und erfuhr, daß sich vor mir 500 Anwärter arbeitslos gemeldet hätten und daß ich sehr lange warten müsse, wenn ich überhaupt jemals eine Beschäftigung bekommen würde. Völlig verzweifelt ging ich jeden Tag zum Arbeitsamt. Der Beamte zuckte jedesmal mit den Achseln. Er sagte: "Sie waren Bauer und dürfen sich keine Illusionen machen. Man wird Ihnen nie wieder eine Fabrikarbeit geben."

Das war mein Todesurteil. Ich versuchte noch einige Male im Öldepot der Fabrik, wo ein rumänischer Bekannter arbeitete, Beschäftigung zu finden, mußte dann jedoch, wollte ich nicht verhungern, wieder zur Staatsfarm (Kolchose) gehen und um Arbeit betteln. Man stellte mich ein. Ich schuftete wieder in der Reihe der Tagelöhner, meist Schwaben, denen es wie mir er-

ging. Wir erhielten so geringen Lohn, daß wir uns davon kaum das tägliche Essen kaufen konnten. Dies Essen bestand aus Maisbrei, dünner Suppe, selten Brot und ganz selten (gab es) ein Stückchen Fleisch. ...<<

Oktober 1949

>>Einst, in meiner letzten Not, / laß mich nicht versinken; / soll ich von dem bitterm Tod / Well' auf Welle trinken, / reiche mir dann liebentbrannt, / Herr, Herr, deine Glaubenshand.<< (Johann Daniel Falk)

01.10.1949

Jugoslawien: Lebensverhältnisse der Volksdeutschen im Banat – Erlebnisbericht der Korrespondentin Wilhelmine S. (x006/619): >>Als in den Jahren 1949 bis 1950 die Angehörigen in Österreich und in Deutschland den Wunsch äußerten, ihre Familienangehörigen zu sich kommen zu lassen, und Schriften von den zuständigen Ministerien ihrer derzeitigen Heimatländer sandten, versuchten viele (Jugoslawien-Deutsche), die Bewilligung zur Auswanderung zu ihren Angehörigen zu erhalten.

Anfangs verhielt man sich bei den zuständigen Stellen vollkommen ablehnend. Man sagte uns, daß wir jetzt nach Verbüßung unserer Schuld im Lager wieder jugoslawische Staatsbürger wären und als solche am Aufbau des Staates mitarbeiten müßten. Nachdem es aber die größte Zahl der Zurückgebliebenen kaum erwarten konnte, wieder mit den Angehörigen vereint zu sein, suchte man Mittel und Wege, um hinauszukommen.

Manche entschlossen sich zur Flucht; da die Fluchtmöglichkeiten aber sehr erschwert wurden, flüchteten nur wenige. Der größte Teil der Zurückgebliebenen suchte Rat und Hilfe bei Advokaten, und wenn es dem einen oder anderen geglückt war, ... tatsächlich hinauszukommen, so wurde dies dem Einfluß des betreffenden Advokaten zugeschrieben und derjenige konnte sich dann kaum vor seinen vielen neuen Klienten erwehren. ...<<

02.10.1949

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/104-105): >>2. Oktober 1949. Am Sonntag kam der 300.000 Rußlandheimkehrer in Friedland an. ...

Der Ostpreuße Albert Zybek wurde am 9. Mai 1945 auf der Halbinsel Hela gefangengenommen. ...<<

03.10.1949

UdSSR: Zwangsarbeitslager im Ural – Erlebnisbericht der C. N. (x002/66): >>Endlich, am 3. Oktober 1949, bestiegen wir wieder mal einen Transportzug. Diesmal führte er uns aber wirklich zurück in die Heimat. Wir fuhren z.T. mit schweren Gedanken nach Haus; fast jeder von uns hatte einen oder mehrere liebe Menschen dort in den Bergen lassen müssen.

Von den 14 verschleppten Personen aus meinem Heimatdorf Dobrin (Ostpommern) kehrten 1949 nur 3 wieder zurück. Eine war bereits 1947 als Kranke entlassen worden. Alle übrigen waren gestorben.<<

07.10.1949

DDR: Die "Provisorische Volkskammer" gründet die Deutsche Demokratische Republik.

Die Ausrufung der "DDR" erfolgt aus taktischen Gründen erst nach der Begründung der Bundesrepublik Deutschland; scheinbar als Antwort auf einen Schritt des Westens.

Tatsächlich war dieser Schritt nur die formelle Bestätigung einer Spaltungspolitik, die die Sowjetunion bereits seit Juli 1945 eingeleitet hatte (x009/406).

Mit der Proklamation der SBZ zur sog. DDR geht die DWK in der "Provisorischen Regierung der DDR" auf. Die leitenden Persönlichkeiten der DWK werden Minister und Staatssekretäre.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Außenpolitik der SBZ (x009/50): >>Von einer Außenpolitik der SBZ kann erst seit Errichtung der DDR (7.

Oktober 1949) gesprochen werden. ... Die Außenpolitik ist jedoch völlig nach der sowjetischen Außenpolitik ausgerichtet. Die SBZ unterhält diplomatische Beziehungen nur zu den Staaten des Ostblocks, ihre Botschafter und Gesandte haben im wesentlichen nur repräsentative Pflichten. ...

Die enge außenpolitische Bindung an den Ostblock hat zu Verträgen mit der Sowjetunion und anderen Staaten dieses Blockes geführt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Nationalhymne der DDR (x009/306): >>Die Nationalhymne der Sowjetzonen-Republik wurde 1949 verfaßt von Johannes R. Becher und vertont von Hanns Eisler. Ihr erster Vers lautet: "Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt, laß uns dir zum Guten dienen, Deutschland, einig Vaterland. Alte Not gilt es zu zwingen, und wir zwingen sie vereint, denn es wird uns doch gelingen, daß die Sonne schön wie nie über Deutschland scheint." ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Gründung der Nationalen Front (x009/302): >>Gegründet am 7. Oktober 1949, hervorgegangen aus dem Volkskongreß. Die Nationale Front soll als "breiteste Massenbewegung" auch die Teile der Bevölkerung politisch beeinflussen und aktivieren, die sich allen anderen Organisationen entziehen konnten. Ohne individuelle Mitgliedschaft baut sie ihre Organisation auf den Haus- und Hofgemeinschaften auf und verfügt auf allen Ebenen des Systems über sog. Ausschüsse und Aktive. ... Der weitaus wichtigere Apparat der Nationalen Front besteht überwiegend aus SED-Funktionären ...

Das Programm der Nationalen Front ist die allgemeinste Formulierung der SED-Politik und ist - als "genereller Volkswille" verstanden - für alle anderen Parteien und die Massenorganisationen bindend. Zu seiner Verbreiterung veranstaltet die Nationale Front regelmäßige "Aufklärungseinsätze" und unterhält eine Anzahl von Aufklärungslokalen (Agitation). Die Nationale Front nimmt zunehmend die früheren Aufgaben des "Demokratischen Blocks" (Blockpolitik) wahr; in ihrem Namen werden z.B. die Einheitslisten zu den jeweiligen Wahlen aufgestellt und die Kandidaten für die Richter- und Schöffenwahlen benannt. ...<<